Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 25.06.2014 **Drucksache 17/2403**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Bedrohung für Bildung und Schule durch transatlantisches Freihandelsabkommen – Keine Ökonomisierung und Kommerzialisierung der Bildung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen und ggf. weiteren fachlich zuständigen Ausschüssen auf Basis der Inhalte der Leitlinien für die Verhandlungen über die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika zu berichten,
   - inwieweit sie Spielräume der Verhandlungsführer sieht, den Bildungssektor in Form einer Marktöffnung für private amerikanische Bildungsanbieter zugänglich zu machen,
   - inwieweit auf Basis des zu verhandelnden Investitionsschutzes eine Einschränkung des staatlichen Einflusses im Bildungsbereich folgen könnte und
   - ob die Staatsregierung im Falle der notwendig werdenden Ratifizierung im Bundesrat das Freihandelsabkommen ablehnen würde, sollten hierdurch Einschränkungen staatlicher Steuerungs- und Kontrollmechanismen im Bildungsbereich möglich werden.
2. sich kontinuierlich auf Bundes- und Europaebene einzusetzen, dass eine Ökonomisierung und Kommerzialisierung des Bildungsbereichs bei zu verhandelnden internationalen Abkommen grundsätzlich verhindert wird.

Begründung:

Das Recht auf Bildung muss staatlich gesichert werden und darf nicht dem freien Spiel privatwirtschaftlicher Interessen unterworfen werden. Verschiedene Lehrerverbände befürchten durch das zu verhandelnde transatlantische Freihandelsabkommen den Ausverkauf unserer Bildung. Grund ist der Einbezug des Bildungssektors und des Investitionsschutzes in die Verhandlungen, die eine sukzessive Aushebelung staatlicher Steuerungs- und Kontrollmechanismen in der Bundespolitik befördern könnten. Nachdem das Verhandlungsmandat der EU-Kommission über das Internet bekannt wurde, soll die Staatsregierung auf Basis der darin festgelegten Verhandlungsspielräume eine Einschätzung darüber abgeben, inwieweit die Befürchtungen verschiedener Lehrerverbände gerechtfertigt sind und sich dafür einzusetzen, dass eine Ökonomisierung der Bildung verhindert wird. Christoph Strawe drückt dies folgendermaßen aus: „Wenn Bildung und Kultur über diverse Freihandelsabkommen dem Kommerz geöffnet werden, führt dies nicht zu mehr Freiheit, sondern ersetzt staatliche Fremdbestimmung durch wirtschaftliche Profitinteressen“.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.